

Ölpalme, Agrotreibstoffe und Paramilitarismus in Kolumbien

Kurze Übersicht über die Palme in Kolumbien

Die Ölpalme stammt ursprünglich aus dem Golf von Guinea in Afrika. In Kolumbien wird sie seit den 1950er Jahren kommerziell angebaut. Der Anbau erfolgt vor allem auf Grossgrundbesitz, Plantagen unter 50 Hektaren sind eher selten. Bis in die 1990er Jahre wurden lediglich etwa 150'000 bis 200'000 Hektaren mit Palmen bepflanzt, hauptsächlich für den landesinternen Verbrauch. Der Sektor wird aber seit beschuldigt, wie andere agroindustrielle Sektoren und Grossgrundbesitzer die Paramilitärs unterstützt zu haben und damit in massive und systematische Menschenrechtsverletzungen verwickelt zu sein. Die Ölpalme ist heute Sinnbild einer ausschliessenden, gewaltsamen ländlichen Entwicklung.

Unter Präsident Pastrana ab 1998 wurde begonnen, die Ölpalme viel stärker zu fördern. Sie wurde zum Liebling der Agrarpolitik und sollte verschiedenste Probleme lösen helfen. So wurde verkündet, dass die Palme ideal für die ländliche Entwicklung sei, da sie Arbeitsplätze schaffe und rentabel sei. Zudem helfe sie, Cocapflanzungen zu substituieren und trage zur Befriedung des Landes bei. Mit der „sozialen“ Komponente des Aufstands- und Drogenbekämpfungsplanes Plan Colombia wurden viele neue Plantagen finanziert und neue Anbaumodelle, die sogenannten strategischen Allianzen, eingeführt. Die Palme wurde so zur Leitpflanze einer neuen Politik der ländlichen „Entwicklung“, die unter Präsident Uribe noch akzentuiert werden sollte. Kolumbien soll keine Lebensmittel durch Kleinbauern mehr produzieren, sondern die komparative Vorteile nutzen und mehrjährige Plantagen tropischer Früchte und Bäume anlegen. Die Entwicklungsplaner an ihren Schreibtischen in Bogotá beschlossen zudem, dass die Landlosen und Kleinbauern kein eigenes Land, sondern Arbeitsplätze wollen. Die Agrarreform wurde durch agroindustrielle Arbeitsplätze und Allianzen zwischen dem Kapital und dem Grossgrundbesitz einerseits und den Landlosen und armen Kleinbauern andererseits ersetzt. Schon früh wurden diese Allianzen jedoch von linken Bauernbewegungen als neue feudale Ausbeutungsformen kritisiert.

Heute gibt es in Kolumbien knapp 400'000 Hektaren Palmplantagen, und Präsident Uribe will die Fläche massiv ausdehnen. Ohne Unterbruch verkündet er im ganzen Land, wie überall Ölpalmen gepflanzt werden sollen. Kurzfristig wird eine Million Hektaren angestrebt, mittelfristig spricht man von 6-11 Millionen Hektaren Ölpalmenplantagen. Angeheizt wird der Palmenanbau durch den weltweiten Boom der Agrotreibstoffe. Kolumbien will in der Produktion dieser angeblich umweltfreundlichen da erneuerbaren Energieträger hinter Brasilien auf Platz 2 in Lateinamerika vorrücken.

Der Boom der Agrotreibstoffe

Unablässig verkündet der Präsident und hohe Regierungsvertreter, wie ideal die Bedingungen in Kolumbien für die Produktion von Agrotreibstoffen seien. Kolumbien verfüge über 40 Millionen Hektaren natürliche Savannen, auf denen Energiepflanzen angebaut werden können, ohne dass ein einziger Baum gefällt werden müsse. Tatsächlich gibt es gigantische Pläne, um z.B. in den Llanos des Vichada 6 Millionen Hektaren vermeintlich wertloser Steppen mit karibischen Föhren, Ölpalmen und Kautschuk zu bepflanzen. Kolumbien reitet damit auf der Welle der Sorge um den Klimawandel geschickt mit. Nebst der Ölpalme werden Jatropha und Soja für Agrodiesel und Zuckerrohr, Zuckerrübe und Yuca für die Ethanolproduktion grossflächig angebaut. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, dass die Ölpalme und die Produktion von Agrotreibstoffen keines der Versprechen und der in sie gesetzte Hoffnungen erfüllen!

Agrotreibstoffe werden heute in Kolumbien v.a. aus Palmöl und Zucker hergestellt, zwei traditionelle Produkte der kolumbianischen Agroindustrie. Bisher wurden sie nicht für Agrotreibstoffe angebaut, nun wird der Anbau aber forciert und die bestehenden Probleme verschärfen sich. Schon heute erhalten die Kleinbauern und die Produktion von Grundnahrungsmitteln kaum mehr Unterstützung durch den Staat. Auf einer Reise durch Kolumbien im August 2007 wurde mir von Bauernorganisationen wiederholt geschildert, wie schwierig ihre

Situation sei, da sie keine Unterstützung für die Produktion und die Vermarktung der Lebensmittel erhalten. In ihrer wirtschaftlichen Not sehen dann einige (Klein-) Bauern die Rettung auch im Anbau von Energiepflanzen. Von ihrer Produktionsart her ist die Agrotreibstoffproduktion jedoch stark auf grossflächige Monokulturen angewiesen. Um eine Ölpresse rentabel zu betreiben braucht es mindestens 5'000 Hektaren Ölpalmen, für eine Agrodieselanlage etwa 20'000 Hektaren. Die wenigen Projekte, die z.B. Ölpalmen für Kleinbauern fördern wollen, kämpfen denn auch mit verschiedensten Schwierigkeiten. Allenfalls gibt es bei Jatropha und Yuca etwas bessere Bedingungen für Kleinbauern, da sie im Anbau weniger kapitalintensiv sind. Die kolumbianische Regierung hat aber kein Interesse an wirtschaftlich eigenständigen und politisch selbstbewussten Kleinbauern. Sie will gefügte Plantagenarbeiter.

Im Gegensatz zu Nahrungsmitteln wird der Anbau von Energiepflanzen, allen voran der Ölpalme, aber auch Industrielle Yuca und Zuckerrohr, stark gefördert. Obwohl es in Kolumbien durchaus un- oder schlecht genutzte landwirtschaftliche Flächen gibt, gibt es doch nicht genügend Flächen, um die Pläne der Regierung von Millionen von Hektaren Energiepflanzenplantagen zu verwirklichen, ohne die Ernährungssouveränität massivstens zu beeinträchtigen und ganze Ökosysteme grossflächig umzuwandeln. Entgegen den Beteuerungen der Regierung schreitet der Palmenanbau entlang der ganzen Pazifikküsten im Regenwald voran. Ebenfalls gibt es Pläne für grosse Plantagen z.B. in den Amazonasdepartementen Guaviare und Putumayo. Ebenfalls bedroht sind die letzten karibischen Wälder und die Galeriewälder und natürlichen Savannen in den Llanos.

Aber nicht nur die Umwelt leidet unter diesen Monokulturen: auch die Arbeiter und die lokale Bevölkerung sind häufig in einer misslichen Lage. Die Arbeitsbedingungen auf dem Lande sind generell schlecht. Häufig wird auf den Plantagen im Akkord gearbeitet, der Mindestlohn ist längst nicht überall garantiert. In viele Palmenunternehmen und Zuckerproduktionsbetrieben gibt es keine Gewerkschaften (mehr) die den Arbeitern beim Kampf um ihre Rechte zur Seite stehen könnten. Die Arbeit ist gefährlich und belastet die Gesundheit. Die Ernte sowohl bei Zuckerrohr wie auch bei der Ölpalme ist äusserst anstrengend und die Verletzungsgefahr gross. Zudem ist der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln häufig nicht sachgerecht und die Arbeiter verfügen nicht über Schutzausrüstungen.

Massive Menschenrechtsverletzungen für Agrotreibstoffe

Die Gewerkschaften der Land- und Plantagenarbeiter und Bauernorganisationen leiden unter der politischen Gewalt ganz besonders. Ganze Gewerkschaften wurden ausgelöscht oder regional stark dezimiert. Im Magdalena Medio wurden Dutzende Gewerkschafter der Palmenindustrie von Paramilitärs ermordet. Die Gewerkschaft Sintrainagro blickt auf eine lange Geschichte brutaler Repression zurück, ebenso Fensuagro, die auch viele Landarbeiter organisiert hat. In vielen Fällen wurden einzelne lokale Sektionen aber auch ganze Gewerkschaften von den Paramilitärs unterwandert und die Führung gewaltsam und unter Druck ausgewechselt. In Regionen wie Cesar oder Meta gibt es im Vergleich zu früher kaum mehr soziale Organisationen, diese wurden weitgehend zerschlagen.

Den Agroindustriebetrieben hat dies ermöglicht, die Arbeitsrechte massiv zusammenzustreichen und die Arbeit zu präkarisieren. Hauptstrategie dieser Präkarisierung sind die Bildung von strategischen oder produktiven Allianzen und von Arbeiterkooperativen. Einer der Vorzeigeunternehmen ist dazu Indupalma, eine der grössten Palmölproduzentinnen Kolumbiens. Indupalma hatte eine kämpferische Gewerkschaft und es kam zu harten Arbeitskämpfen. Die Arbeitsbedingungen waren recht gut und die Gesamtarbeitsverträge ermöglichten den Arbeitern und deren Familien ein sorgenfreies Leben und sozialen und persönlichen Fortschritt. Das Unternehmen kam dann zum Schluss, dass das Geschäft nicht genug rentabel sei und legte den Arbeitern den Vorschlag vor, gegen eine Abfindung das Arbeitsverhältnis in gegenseitigem Einverständnis aufzulösen und wies die nunmehr entlassenen Arbeiter an, Kooperativen zu gründen, und dann als Kooperativen die Arbeiten auf der Plantage auszuführen. Möglich wurde dieser Systemwechsel sicher auch dadurch, dass die Gewerkschaft durch die Ermordung von mehreren Führungspersonen geschwächt war.

Diese Kooperativen bestehen aus maximal 20 Personen und bewerben sich um Aufträge der Plantagenbesitzer. Die Plantage bezahlt einen fixen Preis um z.B. 100 Hektaren Palmenplantage von Unkraut zu befreien. Die Kooperative muss davon aber die ganzen Sozialversicherungen ihrer Mitglieder und die notwendigen Arbeitsutensilien bezahlen. Derart bleibt über das Jahr gesehen dem einzelnen Arbeiter oder Kooperativenmitglied ein Lohn von rund 200'000 Pesos pro Monat, ein halber Mindestlohn. Im Sommer 2007 kam es zu Streiks der Kooperativen im Magdalena Medio, um sich gegen die schlechten Bedingungen zur Wehr zu setzen. Da es aber ein fast unerschöpfliches Reservoir an arbeitswilligen Personen gibt, war es für die Unternehmen ein Leichtes, neue Kooperativen ins Leben zu rufen.

Die Bevölkerung ist häufig schlecht über die tatsächlichen Bedingungen informiert, oder arbeitswillige werden mit falschen Versprechen auf die Plantagen gelockt. So gibt es im Departement Meta ein Projekt für eine Ethanolfabrik mit dem dazugehörigen Yucaanbau. Die lokale Bevölkerung hat aber bisher kaum Beschäftigungsperspektiven noch ist sie über die Auswirkungen des Projekts im Bilde. Im Chocó grenzen die Arbeitsbedingungen auf gewissen Plantagen an Zwangsarbeit; überlange Arbeitstage und schlechte Unterkünfte, monatelange Lohnrückstände oder Bezahlung mit Gutscheinen für den Plantageneigenen Laden. Das ist eine Rückkehr zu halbfeudalen Verhältnissen wie sie bis Anfangs des 20. Jahrhunderts in vielen Haciendas üblich waren.

Kleinbauern werden vertrieben und in die Verarmung getrieben

Aber auch auf die Kleinbauern die eigenes Land haben und auf Landlose, die im Rahmen der Agrarreform auf eine Parzelle warten, hat das Produktionsmodell der Palmen und des Agrotreibstoffes negative Konsequenzen. So erhalten Landlose nur eine Parzelle, wenn sie sich an der Produktion von mehrjährigen Pflanzungen wie Palmen, Kautschuk etc. beteiligen. Ebenfalls im Magdalena Medio haben so landlose Familien von den Palmenunternehmen eine Parzelle von z.B. 10 Hektaren erhalten, um darauf Ölpalmen anzubauen. Das Unternehmen sorgt auch dafür, dass die Bank den Kredit gibt und liefert die Setzlinge und Dünger und Pflanzenschutzmittel. Den armen „Begünstigten“ werden dabei kommerzielle Konditionen wie bei einem Grossinvestor verrechnet, mit dem Resultat dass sie nach optimistischen Berechnungen die Schulden frühestens nach 15 Jahren abgestottert haben. Viele werden vorher frustriert aufgeben, das Unternehmen kommt so billig zu neuen Plantagen. Kleinbauern mit eigenem Land werden aufgefordert, sich zu kooperativen zusammen zu schliessen, oder sich auch einzeln in eine Allianz mit Investoren, Plantagenbesitzern und Ölpresen zu begeben. Da der Kleinbauer aber „nur“ seine Arbeitskraft und ein Stück Land in die Allianz mitbringt, ist er fast auf Gedeih und Verderb dem Investor oder Grossgrundbesitzer ausgeliefert. Auch so tappen viele Campesinos in eine Schuldenfalle und müssen ihr Land billig verkaufen oder es wird ihnen von der Bank gepfändet. Häufig werden kleine Landbesitzer auch aufgefordert, ihr Land einem Palmenunternehmen zu vermieten. Dank der monatlichen Mietzinsen ziehen die Bauern dann häufig in die Stadt und verlieren ihre kleinbäuerliche Identität. Der Schritt zum Verkauf des Landes ist dann schnell gemacht. Alle diese Prozesse laufen mit unterschiedlich intensiver Druckausübung ab: das kann von rein finanziellem und wirtschaftlichen Druck bis zu Todesdrohungen und Morden zur Einschüchterung gehen.

Diese agroindustriellen Megaprojekte und die Produktion von Agrotreibstoffen in grossem Stile sind auch mit gewaltigen Investitionen in Erschliessungsstrassen und Transportinfrastruktur verbunden. So wird z.B. von Villavicencio nach San José del Guaviare eine super ausgebaute Überlandstrasse gebaut, die sich nur vor dem Hintergrund gewaltiger ökonomischer Interessen in der Region rechtfertigt. Dasselbe gilt für die Schiffbarmachung des Río Meta, mit dem das Palm-Rohöl oder der Agrodiesel direkt über Venezuela nach Übersee exportiert werden kann. Die Millionen von Hektaren Ölpalme sollen als Rohöl nach Spanien exportiert werden, wo sie dann zu Agrodiesel verarbeitet werden. Diese Erschliessungsprojekte bringen die Kleinbauern in eine Zwickmühle: Strassen, Strom etc. würde ihnen endlich ermöglichen, ihr Produkte auch auf den Markt zu bringen. Für eine Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten sie aber kaum Unterstützung. Dafür steigt der Wert des Bodens massiv an, was den Druck auf die Kleinbauern erhöht, ihr Land aus wirtschaftlichen Überlegungen zu verkaufen. Der Anbau von mehrjährigen tropischen Kulturen und die Produktion von

Agrotreibstoffen sind Teil eines Entwicklungsmodelles, das die arme Landbevölkerung ökonomisch an den Rand drängt und ihr nur zwei Möglichkeiten lässt: sich unterordnen oder wegziehen. Der Kampf um Land und um das Territorium verschärft sich mit dieser Logik massiv. Es gibt aber auch Widerstandsprozesse, wie wir nachher aufzeigen werden. Diese territoriale Kontrolle und Erschliessung geht aber auch mit einer enormen physischen Gewalt einher. In praktisch allen Zonen, wo dieses Modell boomt, Plantagen errichtet und Agrotreibstoffe produziert werden, kam es in den vergangenen Jahren zu systematischen und massiven Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehören einerseits die Einschüchterung und das Gefügigmachen durch Drohungen und Morde, um Projekte durchzusetzen, andererseits aber auch die Vertreibungen der Bevölkerung, um das Land der Agroindustrie zugänglich zu machen. Diese Gebiete werden dann häufig mit den Paramilitärs und ihren Kapitalgebern genehmen Leuten neu besiedelt. In der ganzen Atlantikregion kam es in den letzten zwanzig Jahren zu massiven Vertreibungen und einem beispiellosen Konzentrationsprozess des Grundbesitzes, während Bauernorganisationen wie die ANUC UR zerschlagen wurden. Die Atlantikregion ist nun eines der Schwerpunkte für Palme, Yuca und Agrotreibstoffproduktion. Dasselbe gilt für die Llanos: das Departement Meta und Teile des Guaviare und Vichada sind von Paramilitärs „erobert“ und gesichert worden, der Staat investiert nun und vervollständigt die blutige Befriedung. Zigtausende Hektaren Land gehören einer einzigen Person. Entlang der Strasse nach San José del Guaviare sind die Zaunpfosten je nach Besitzer farbig bemalt, kilometerweise tragen die Pfosten dieselbe Farbe. Menschenrechtsorganisationen denunzieren, dass Paramilitärs und ihnen nahestehende Investoren massiv Land aufgekauft und blutig geraubt haben und nun u.a. Palmenplantagen anlegen. Präsident Uribe träumt davon, dass das ganze Land entlang der Strasse bis San José mit Palmen bepflanzt werden soll.

Im Chocó wurden die Afrokolumbianer seit 1997 in einer Offensive der kolumbianischen Streitkräfte und der Paramilitärs vertrieben. In der Region des Flusslaufes Curvaradó wurden Zehntausende Hektaren den rechtmässigen afrokolumbianischen Besitzern gestohlen und darauf Ölpalmenplantagen errichtet. Eine beispiellose Gewalt überzieht auch die Regionen um Buenavatura und Tumaco im Süden der Pazifikküste. Auch dort geht es darum, den Afrokolumbianern ihren kollektiven Landbesitz zu rauben und grossflächig Palmenplantagen zu errichten. Derselbe Druck herrscht im Valle und im Cauca sowie in Teilen des Departement Tolima, wo v.a. die Zuckerbarone neu Ländereien für die Ausdehnung des Zuckerrohranbaus brauchen. Dabei stossen sie aber immer mehr auf hartnäckigen gewaltlosen Widerstand der Afrokolumbianer und der Indigenen.

Widerstand und Hoffnung

Schätzungen gehen davon aus, dass insbesondere Paramilitärs und Drogenhändler in den letzten 20 Jahren sich etwa vier bis sechs Millionen Hektaren bestes Ackerland gewaltsam angeeignet haben. Kleinbauernorganisationen gehen aber davon aus, dass diese Fläche viel grösser ist, da viele Vertriebene keine rechtsgenügenden Besitztitel für ihr Land hatten. Mindestens zwei Drittel der etwa vier Millionen Vertriebenen hatte im Moment der Vertreibung aber Land besessen. Im Friedensprozess, den die Regierung von Präsident Uribe seit 2002 mit den Paramilitärs führt, nimmt das Thema der Wiedergutmachung nur einen kleinen Raum ein. Den Paramilitärs wird bisher weitgehende Straffreiheit garantiert; sie müssen nicht alle Verbrechen zugeben und werden auch nicht gezwungen, alle ihre illegalen Güter zu deklarieren. Die Opfervereinigungen kritisieren heftig, dass die Täter mehr Rechte haben als die Opfer. Der Staat stellt die notwendigen Instrumente und Mittel nicht bereit, um in fairen und raschen Prozessen den Rechten der Opfer Geltung zu verschaffen. So wurden bisher erst einige Zehntausend Hektaren durch die Paramilitärs für Reparationszwecke zurückgegeben. Die Staatliche Kommission für Wiedergutmachung und Versöhnung setzt v.a. auf symbolische Akte der Versöhnung und Wiedergutmachung, z.B. ein Denkmal für ermordete Kleinbauern, Weiterbildungskurse und Geschenke. Die Kleinbauern, die Vertriebenen und die Opfervereinigungen fordern jedoch hartnäckig ein, dass die ganze Wahrheit der massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen ans Tageslicht gebracht wird und den Betroffenen ihr Landbesitz zurückerstattet wird. Dazu haben sie auch konkrete Vorschläge erarbeitet. Zum Beispiel soll ein alternatives Kataster geführt werden, in dem der Besitz der

Vertriebenen registriert wird. Dazu braucht es Studien, Interviews, neue Landvermessungen, um die Geschichte des Landbesitzes in den verschiedenen Gewaltregionen des Landes zu rekonstruieren. Viele Kleinbauern, Afrokolumbianer und Indigene leisten in ihren Territorien aber auch zivilen Widerstand gegen die vom Staat geförderte Kriegslogik und weigern sich, ihr Land zu verlassen. Dazu berufen sie sich auf verschiedene Normen des internationalen Völkerrechts und entwickeln auch wirtschaftliche Widerstandsstrategien. Vom 10. bis 12. Oktober 2007 demonstrierten Zehntausende von Campesinos im ganzen Land gegen die Gewalt und Ausbeutung und für ihr Recht auf Land und Anerkennung.